

Nummer 16 - Dezember 1981

Verantwortlich: Detlef Hengelbrock /

Rainer Korte / Rainer Krieger / Hermann Raufhake / Uwe Spille / Reinhold Thiede / Michael Wiek /

Auflage: 100

Preis: -,50 DM

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409)1487

Liebe Leser!

Anstelle der sonst üblichen Karikatur bringen wir in dieser Nummer eine Postkarte auf der Titelseite. Der Inhalt dieser Karte, die ein Mitglied unserer Juso-AG erhielt, nachdem sein Name im Zusammenhang mit dem Nazi-

Betr.: NOZ vom 13.4.81 "Gedenkstein"

Sie können nur aus Hetzschriften der Kommunisten Ihre "Klugheit" bezogen haben. Erlebt haben Sie doch nichts, sondern sahen nur den Erfolg der harten Aufbauarbeit Ihrer Eltern- und Großeltern-Generation ab. Sie werden naiv "Nein" sagen, wenn ich Sie frage, ob Sie auch so wie ich gesehen bzw. Sie gehört haben, daß Ihre befreundeten Kommunisten in Rußland, der Tsch. chei usw schon Massenschmorde begangen haben und noch begehen. Auch Sie werden elend abgeschlachtet werden weil Sie "Germanski" sind, wenn Ihre Sowjetskiy" auch einmal die Deutsche Bundesrepublik überfallen und alles kahlfressen auf Grund eigener Unfähigkeit. Hoffentlich passiert das Nicht!

Kehren Sie in sich und denken Sie an Ihre deutsche Heimat und Ihre Ahnen!

opfer-Gedenkstein in der Neuen Osnabrücker Zeitung genannt worden war. Diese Karte, auf der übrigens kein Absender genannt wurde, sollte uns sicher ebenso zu denken geben wie das Flugblatt einer rechtsradikalen Organisation, das in Osnabrück verteilt wurde und das wir auf Seite dokumentiert haben.

Beides ist für uns ein Grund, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß sie sich nicht wiederholt!

Da dies die letzte Nummer in diesem Jahr ist, hat Hermann darauf bestanden, daß wir unseren Weihnachtsstern noch einmal bringen. In diesem Sinne also: Guten Rutsch!



Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister

Da haben wir nun den neuen Rat der Stadt Georgsmarienhütte. Mit einer arg reduzierten SPD-Fraktion (die mit dem einzigen FDP-Ratsmitglied eine Gruppe bildet), drei Frauen (eine von der CDU, zwei von den Grünen), mit drei Grünen (oder besser UWG, wie sie sich hier nennen). Nur allein die CDU-Fraktion ist - trotz neuer Gesichter - die alte geblieben, in Bezug auf die Hauptredner und Anzahl jedenfalls. Erfreut über das rege Zuschauerinteresse, etwa 50 Leute saßen da und hofften, daß etwas Interessantes passiert, eröffnete Rechtsanwalt, Notar, Bürgermeister und nebenberuflicher Entertainer Siepelmeyer die Sitzung.

Zunächst kam es zu einer Reihe von Formalitäten: der Rat stimmte darüber ab, ob er mit dem Wahlergebnis und der Zusammensetzung des Rates einverstanden sei - einstimmig!

Dann folgte, mit Spannung erwartet und geleitet durch den Alterspräsidenten Oskar Hummel, die Wahl des "Ratsvorsitzenden", des Bürgermeisters also. Kandidaten waren der Rechtsanwalt und Notar Siepelmeyer und - zur Entrüstung der CDU - Helmut Stahlmann (jajawohl, Helmut und nicht Wolfgang, wie's in der NOZ stand!). Ratsherr Lunte (CDU) argwöhnte wegen der Kandidatur Stahlmanns sogar "Bereitschaft zur Konfrontation" bei der SPD. So als ob es eine Frechheit der Minderheit sei, eine eigene Meinung zu haben. Zu verstehen ist Lunte ja, früher war es immer so einfach: wenn die SPD mal anderer Meinung oder mit dem Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister Siepelmeyer nicht einverstanden war, dann konnte man immer sagen, "Ihr habt den Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister ja mitgewählt."

Nun ja, es wurde gewählt und bei der Verkündung des Ergebnisses: große Erleichterung bei der CDU. Alle CDU Ratsmitglieder hatten anscheinend für den Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister gestimmt, jedenfalls hat er 22 Stimmen erhalten.

Es schwirren aber jetzt Gerüchte herum, daß vielleicht einer der Grünen aus Versehen falsch gewählt haben könnte.

Weiter ging's mit der Wahl des 1. Stellvertreters des Ratsvorsitzenden. Kandidaten waren Alex Warner und Oskar Hummel. Es ging jetzt mit vollen Touren auf die Tränendrüse. Ratsmitglied Lunte bedauerte, daß die ach so böse SPD es verhindert habe, daß Oskar Hummel 1. Stellvertreter bleiben könne. Es tue ihm aber um Oskar Hummel leid.

Daß Oskar Hummel dieses Gebauchpinsel von der CDU nicht nötig hat, weiß jeder, der die Verdienste Oskars kennt, besonders wir Jusos - wir sind ja schließlich in der gleichen Partei!

Alex Warner erhielt bei der Wahl erwartungsgemäß die 22 Stimmen der CDU genauso, wie Hans Tegeler bei der Wahl des 2. Stellvertreters, bei der kein Gegenkandidat aufgestellt worden war.

Weiter erwähnenswert wäre nur die Streichung des Personalausschusses und die Einrichtung eines Umweltausschusses.

Beim Personalausschuß kam die Ablehnung auch mit den Stimmen der UWG zustande. Ob die Grünen wirklich arbeitnehmerfeindlich sind, wie dieses Stimmverhalten andeutet, oder ob sie nicht wußten, worum es ging, oder ob sie auch einmal mit der CDU stimmen wollten - wer weiß? Der CDU ging es darum, daß dieser Ausschußvorsitz an die SPD gegangen wäre und der bisherige Vorsitzende Dieter Selige sich sehr wohl zu profilieren wußte in diesem Amt. Der Vorsitz des Umweltausschusses ging erwartungsgemäß an Rainer Korte.

Was bei diesem Ausschuß herauskommen wird, deutete sich schon an. Als Gegengewicht zu Juso Korte - und damit die anderen CDU-Ausschußmitglieder auf Vordermann bleiben - wird auch Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister Siepelmeyer dem Ausschuß angehören. Die erste "brisante" Themenstellung brachte schon eine Anfrage des Ratsmitgliedes Korte zur salzlosen Streuung im Winter. Rechtsanwalt und Notar und Bürgermeister Siepelmeyer wies darauf hin, daß zwar schon für den nächsten Winter Salz eingekauft sei, aber für die folgenden Jahre sei dieser Vorschlag erwägenswert.

Also wird der Umweltausschuß sich mit dieser und ähnlichen Fragen beschäftigen während neue Straßen, Baugebiete und Industrieansiedlungen an den Stellen errichtet werden, an denen sie die Umwelt am meisten zerstören, ohne daß der Umweltausschuß gehört wird.

Hoffentlich wird die SPD-Fraktion ihrer Linie treu bleiben und "endlich einmal", wie bei der Wahl des Bürgermeisters, vermehrt wirkliche Alternativen aufzeigen und wenn nötig an die Öffentlichkeit gehen. Auch wenn dadurch Konfrontation entstehen könnte: wenn wir meinen, daß wir Recht haben, dürfen wir nicht vor der Mehrheit kuschen. Dieses Kuschen hat wesentlich zu unserer Wahlniederlage beigetragen.

Die nächste Wahl wollen wir gewinnen!

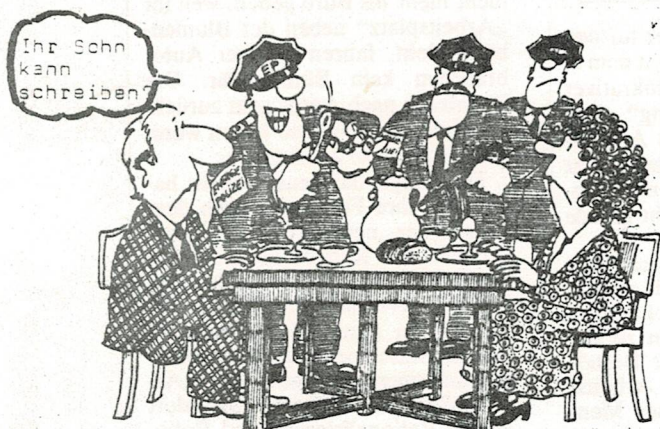
Fuchs, wo hast du die Gewürze her?

Großes Aufsehen erregt hat ein Brief, eines Jugendlichen aus Kloster-Oesede an den Inhaber der Dissener Firma "Fuchs-Gewürze". Franz-Josef, der augenblicklich seinen Zivildienst in Melle ableistet, in der katholischen Jugend engagiert ist und sich besonders für Entwicklungspolitik interessiert, hatte in der Zeitschrift "Brasilien-Nachrichten" des Mettinger Franziskaner-Klosters über Vertreibungen von Landarbeitern in Brasilien gelesen. In dem Artikel war u.a. auch der Name der Dissener Firma genannt worden. Franz-Josef fragte in seinem Brief in höflicher Form an, ob diese Information richtig sei und was die Firma dazu sage.

Die Folgen dieses Briefes konnte man inzwischen in der Frankfurter Rundschau, und im Stern nachlesen, selbst der WDR berichtete darüber; im Landtag von Hannover wurde das Thema vorgebracht. Der Geschäftsführer von "Fuchs-Gewürze" hatte die Indu-

nachdem diese Firmen Drohbriefe erhalten hatten. Da fragt man sich doch: Ist eine höfliche Anfrage etwa ein Drohbrief? Wie kommt die Firma Fuchs dazu, einen persönlichen Brief an die Industrie- und Handelskammer weiterzugeben? Hat diese Firma etwa doch Etwas zu verbergen, sind ihre Geschäfte in Brasilien vielleicht doch nicht so einwandfrei, wie sie behauptet? Immerhin hat der Firmenchef der Frankfurter Rundschau gegenüber zugegeben, dreimal in dem fraglichen Gebiet in Brasilien gewesen zu sein und dort auch ein Stück Land zu besitzen, allerdings sei das nur ein "stubbengroßes Pflanzenbeet" gewesen. Frage: Warum fliegt er wegen eines stubbengroßen Pflanzenbeetes dreimal nach Brasilien?

Fazit: Wenn selbst höfliche Fragen mit der Einschaltung der Polizei beantwortet werden, wie soll da eigentlich der "Dialog mit der Jugend", den die Politiker immer fordern, zustandekommen?



strie- und Handelskammer benachrichtigt, diese wiederum hatte sich an die Kriminalpolizei gewandt. Die Kripo begann nun ihre Recherchen, fragte bei Franz-Josefs Arbeitgeber (einem Jugendheim in Melle) an, telefonierte mit den Eltern des Zivildienstleistenden, schickte schließlich einen Beamten zu dem "Verdächtigen" selbst.

Es ist in diesem Zusammenhang zweitrangig, daß die Recherchen der Kripo abgeschlossen wurden, als sich herausstellte, daß der Jugendliche keinerlei gesetzwidrige Handlungen begangen hatte. Ein Skandal ist doch wohl, daß wegen einer höflichen Anfrage bei einem Unternehmen eine solche Polizeiaktion überhaupt gestartet wird.

CDU-Innenminister Möcklinghoff rechtfertigte auf Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Hans Kaiser dieses Vorgehen damit, daß kurz zuvor die Scheiben mehrerer Eduscho und Tschibo-Filialen eingeschlagen

JUSO - Sport

Im Juli dieses Jahres gab die Juso-AG in der ZdJ die Einrichtung eines Juso-Sport-Treffs bekannt, da sich unser sportliches Können in einigen Turnieren als gut gehütetes Geheimnis erwiesen hatte.

Unser Sport-Treff entwickelte sich trotz ursprünglich anderer Planung zu einem reinen Fußball-Treff, was zwar auch an den begrenzten Möglichkeiten, die die kleine Halle nur bietet, vor allem aber an den eindeutigen Vorstellungen der Teilnehmer von "Sport" lag.

Aus geringen Vorkenntnissen ("Der Ball ist rund, man darf nicht reinbeißen") entwickelte sich in der doch verhältnismäßig kurzen Zeit eine erstaunliche Klasse, die uns beim nächsten Fußballturnier zweifellos als Spitzenmannschaft und nicht, wie beim letzten Ausrutscher, als Besten der Verlierer glänzen lassen wird. (Optimismus ist die Grundlage des Erfolgs!)

Die Juso-Sport-Gruppe - momentan etwa 4 Jusos und 3 Nicht-Jusos - trifft sich jeden Samstag um 15 Uhr an der Sporthalle der Freiherr-vom-Stein-Schule. Wer also Lust und Laune hat, bei uns mitzumachen, ist herzlich eingeladen.

Industrie auf allen Kanälen

Im alten Stadtrat fragte ein CDU-Ratsmitglied nach der Verlegung von Kabeln in Holzhausen, die für Kabelfernsehen geeignet seien. Dadurch kam an die Öffentlichkeit, daß auch in unserer Stadt die Bundespost mehr oder weniger heimlich Kabel für das in nächster Zukunft zu erwartende Kabelfernsehen verlegt. Dafür gibt es selbstverständlich in Bonn keine parlamentarischen Beschlüsse!

Die grundlegende Umgestaltung unserer Gesellschaft zur Fernsehgesellschaft (auch Glotzauggesellschaft genannt) läuft anscheinend unaufhaltsam ab. Es wird alles vorbereitet für den Tag X, an dem die Medienkonzerne voll einsteigen in das größte Mediengeschäft seit Christi Geburt: 15 - 20 Fernsehprogramme zur Auswahl!

Gerecht, wie es in der BRD nun einmal zugeht, soll die weitere Entwicklung des Kabelfernsehens durch eine Erhöhung der Rundfunkgebühren vorfinanziert werden - egal, ob jemand diesen Mist später ins Haus bekommen will oder nicht.

Das zugkräftigste Argument für alle Maßnahmen, gleich ob Atomkraftwerksbau, Startbahneubau oder eben Kabelfernsehen ist zur Zeit die "Schaffung neuer Arbeitsplätze". Daß die Einführung des Kabelfernsehens in Wirklichkeit Arbeitsplätze in großer Zahl vernichtet, zeigt ein Artikel aus der Gewerkschaftszeitung "metall", den wir hier in Auszügen dokumentieren.

Kabel- und Satellitenfernsehen sind zur Zeit Schlagworte, die den Bundesbürger einen wahren Konsumrausch aus dem Bildschirm verheißen. Doch was zusätzlich noch mit Begriffen wie „freier Informationsfluß“ zugedeckt wird, ist nichts anderes als die Freiheit zur Ausbeutung von Werbe- und Marktinteressen. Dabei wird die wirkliche Informationsfreiheit, also auch die Freiheit zur Kritik, zu unbequemen Fragen und zur Veränderung von der Mehrheitsmeinung und durch Machtinteressen unterdrückt. Schlimm auch: Die neuen Systeme schaffen nicht - wie die Industrie es gerne darstellt - neue Arbeitsplätze, sondern vernichten viele noch bestehende. METALL dokumentiert mit zwei Analysen die Gefahren durch Kabel- und Satellitenfernsehen für uns alle.

Bisher wurden die „neuen Medien“ meist unter dem Schlagwort Kabelfernsehen diskutiert. Der Industrie geht es aber in erster Linie gar nicht so sehr ums Fernsehen. Der Ausbau der sogenannten „Individualkommunikation“ soll vorangetrieben und damit eine gewaltige Rationalisierungswelle - also auch die Vernichtung von Arbeitsplätzen - ausgelöst werden.

Inzwischen sind die Wünsche der Industrie auf dem Weg der Erfüllung. Die Politik hat für die Glasfaserkabel grünes Licht gegeben. Die vom Siemens-Vorstandsvorsitzenden Kaske als „äußerst bedenklich“ angesehene „unglückliche Verknüpfung“ der Einführung der Breitbandkommunikation mit der Medien-Diskussion wurde gelöst. Wenn die Post ab 1985 die Glasfaserkabel verlegt, wird damit der Grundstein für „das voraussichtlich wirksamste Mittel der Produktivitätssteigerung in allen Bürobereichen“ (Kaske) gelegt werden.

Da die Post die Kupferleitungen im Laufe von 30 Jahren ohnehin austauschen muß, die Glasfaserkabel aber nicht teurer sind, kostet die neue Technik „eigentlich nichts“, argumentiert die Industrie. Anzweifeln kann man allerdings, ob es wirklich 30 Jahre dauern wird.

Die explosionsartige Entwicklung der Mikroelektronik revolutioniert zusammen mit der Glasfaser den Transport von Informationen jeder Art. Dies bedeutet die Gefährdung vieler Arbeitsplätze.

Den fruchtbarsten Acker für den Rationalisierungs-Flug sieht man in den Büros. Hier lockt ein lukrativer Markt. Die „Einsparung“ von 800000 bis 1,25 Millionen Arbeitsplätzen winkt den Unternehmern für mutige Rationalisierungs-Investitionen als „Belohnung“. Nicht gerade ein Ausblick ins Paradies.

Beispiele: Das Fernsehgerät wird zum Bildschirmterminal, das ermöglicht, vom häuslichen Sessel aus bei einem Versandhaus Waren zu bestellen. Nach Eingang der Bestellung laufen alle weiteren Arbeitsgänge ohne die Hand eines Menschen: Rechnung, Abbuchung vom Konto des Kunden, Versand... Diese Technik wird also beim Versandhaus Arbeitskräfte einsparen, ihm einen höheren Marktanteil bringen und die Konzentration im Einzelhandel fördern.

Mit Hilfe der Telekommunikation soll sich auch der Verkehr mit den Banken abspielen. An die Stelle des Formulars tritt wiederum das Fernsehgerät, und das Wohnzimmer wird zur Schalterhalle. Ein Drittel aller Arbeiten in einer Bank sollen auf die Kunden abgewälzt und dann das Netz der Filialen zumindest ausgedünnt werden.

Die technische Möglichkeit, das Fernsehgerät zum Terminal zu machen, kann auch zur Verlagerung von Büroarbeit in die Wohnung genutzt, besser mißbraucht werden. Unternehmer sprechen von „elektronischen Heimarbeiter“, andere von einer „verbesserten Zuordnung von Arbeitsplatz und Wohnstandort“. Eine solche Verlagerung von Arbeitsplätzen hätte viele Folgen: In einer auf solche Art in alle Winde

verwehten „Belegschaft“ könnte sich nur schwer solidarisches Verhalten gegenüber dem Unternehmer bilden. Die Arbeitnehmer würden zum Spielball, tarifpolitische Erfolge fraglich.

Entfremdung wächst

Spinnen wir diese Modelle weiter: Menschen, die ihre Besorgungen von zu Hause aus erledigen, die nicht mehr ins Büro gehen, weil ihr „Arbeitsplatz“ neben der Blumenbank steht, fahren weniger Auto, brauchen kein Büro mehr. Die Nachfrage nach Autos geht zurück, die Kollegen vom Bau haben weniger Gebäude zu errichten...

Dies zeigt, daß jene unrecht haben, die ihre Forderung nach dem Einsatz der „neuen Medien“, insbesondere des Kabelfernsehens, mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu begründen versuchen. Selbst bei den Herstellern, also der Elektrotechnik und im Maschinenbau, ist längerfristig mit einer Verringerung von Arbeitsplätzen zu rechnen. Auch dort zeigen Rationalisierung und Roboter Wirkung. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter steigen, wenn keine arbeitsplatzerhaltenden Maßnahmen, wie z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit, erreicht werden.

Aber auch an den verbleibenden Arbeitsplätzen drohen Gefahren. Rationalisierung erhöht den Leistungsdruck und bringt neue Belastungen. Die Arbeit wird monotoner. Der Kontakt zur Kollegin, zum Kollegen schwieriger. Die Entfremdung wächst.

Kommt noch die Vereinsamung der Menschen durch steigenden Konsum an Fernsehprogrammen hinzu, dann bewegen wir uns auf eine Lebensweise zu, die nur schwerlich eine menschliche genannt werden kann.

Ziel der Arbeiterbewegung war stets, mit dem technischen Fortschritt den Menschen von entwürdigender Arbeit zu befreien. Diese Forderung ist aktueller denn je.

Hermann Zoller

Gedenkstein

Um nicht ein so ernstes Thema wie die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Gmhütte zu einem Wahlkampfthema verkommen zu lassen, hatten wir im Sommer beschlossen, unsere Forderung nach Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Nationalsozialismus bis nach den Wahlen zu verschieben.

Nachdem die Wahl nun "gelaufen" ist - nicht ganz so wie wir uns das gedacht hatten - wollen wir diese Forderung wieder aufgreifen. Ein erster Schritt dazu ist die Herstellung unserer ZdJ-Sondernummer 3 gewesen, die sich ausschließlich mit dem Thema "Naziopfer-Gedenkstein" beschäftigt. Diese Sondernummer konnten wir sehr gut absetzen, trotz verdoppelter Auflage sind heute nur noch ca. 25 Hefte übrig, wir erwägen sogar einen Nachdruck. Ungleich negativer war die Resonanz auf unsere Diskussionsveranstaltung zum Gedenkstein Anfang Oktober in der Gaststätte Dröge. Obwohl in Presse und SPD-Veranstaltungskalender groß angekündigt, obwohl Vertreter von SPD (Manfred Bolte), CDU (Theo Elixmann und August Fellhölter) und UWG (Johannes Bartelt) als Ansprechpartner anwesend waren - es kamen ganze zwölf Personen! Hier kann auch der SPD und ihren Mitgliedern ein Vorwurf nicht erspart werden, hält man dieses Thema für derartig unwichtig, daß man garnicht erst zu kommen braucht? Daß bei der Diskussion unter diesen Umständen nicht viel herauskam, ist nicht verwunderlich; immerhin wurde deutlich, daß die UWG der Errichtung eines Mahnmals positiv gegenüber steht.

Unsere Bemühungen um eine Aufarbeitung der Zeit des III. Reiches in Gmhütte ist aber trotz allem nicht wirkungslos geblieben. Plötzlich - nachdem sie zehn Jahre lang geschlafen hat - macht die Stadt Gmhütte selbst erste Versuche, diese Zeit als ihre eigene Vergangenheit zu begreifen. Der Volkshochschulkurs "Nationalsozialismus in Gmhütte" ist ein Beispiel für dieses Bemühen, die Herausgabe der Broschüre mit Erklärungen zu den Straßennamen im sog. "Widerstandsviertel" in Cesede ein zweites. Natürlich kann man beides kritisieren: Die Straßen in jenem Viertel sind z.B. fast ausschließlich nach Nazigegegnern aus dem kirchlichen oder konservativen Bereich benannt, bis auf Wilhelm Leuschner fehlen alle Vertreter des sozialdemokratischen oder kommunistischen

Widerstandes - und ausgerechnet jener Sozialdemokrat Leuschner wird in der Broschüre der Stadt als Letzter und am kürzesten abgehandelt. Hier liegt es natürlich nahe zu fragen, ob einige Leute nicht wahrhaben wollen, daß gerade Sozialdemokraten und Kommunisten am meisten unter den Nazis gelitten haben; hat jemand ein Interesse daran, den linken Widerstand totzuschweigen? Auch an dem Volkshochschulkurs lassen sich sicher Kritikpunkte anbringen und die Tatsache, daß von dem guten Dutzend Teilnehmern am Kurs weit mehr als die Hälfte Jusos oder Mitglieder der Jungen Union sind, ist nicht gerade ein Zeichen für ein großes Interesse der älteren Generation.

Aber erfreulich ist doch schon die Tatsache, daß Stadt und Volkshochschule derartige Schritte überhaupt unternehmen, wir haben hier mit unserer Forderung nach dem Gedenkstein zumindest erreicht, daß über die Vergangenheit in Gmhütte wieder gesprochen wird - ein Erfolg, den wir nicht unterschätzen sollten.

Selbstverständlich werden wir uns auch in Zukunft um die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit unserer Stadt bemühen, Gespräche mit älteren Mitbürgern, die Zeugen jener Zeit waren, sollen eine Möglichkeit sein, etwas über das Leben in Gmhütte zwischen 1933 und 1945 herauszufinden. Wir werden in der ZdJ weiter über die Ergebnisse unserer Nachforschungen berichten.



Zeichnung: Walter Trier, 1945

Schließlich möchten wir alle Leser noch einmal bitten, uns Informationen aus jener Zeit zukommenzulassen, die selbstverständlich vertraulich behandelt werden. Gerade Informationen von Menschen, die diese Zeit selbst erlebt haben, können uns Jungen helfen, die Vergangenheit zu verstehen.

Wahlergebnisse 1928-33

"In Gmhütte gab es keine Nazis". Diese Aussage hört man immer wieder, wenn man über die Zeit des III. Reiches in Gmhütte spricht.

Wir wollten es etwas genauer wissen und haben daher einmal die Wahlergebnisse jener Zeit analysiert. Die Zahlen in diesem Artikel stammen übrigens zum größten Teil aus dem Kurs "Nationalsozialismus in Gmhütte", den augenblicklich die Volkshochschule anbietet und den man interessierten Bürgern wärmstens empfehlen kann.

Eine Vorbemerkung noch: es ist typisch für jene Zeit, daß die Zentrumspartei den allergrößten Teil der katholischen Wähler fest an sich gebunden hatte. In den Gebieten, die vorwiegend von Katholiken bewohnt waren, hatte das Zentrum also stets eine satte Mehrheit, der Stimmenanteil der NSDAP war darum auch in diesen Gebieten immer relativ gering - zumindest im Vergleich zum Reichsdurchschnitt. Die katholischen Ortsteile Gmhüttes machen da keine Ausnahme.

Im folgenden sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, 14. Sept. 1930, 31. Juli 1932, 6. Nov. 1932, 5. März 1933 und vom 12. Nov. 1933 dokumentiert. Die zuletztgenannte Wahl fand bereits nach der Machtergreifung Hitlers statt; zugelassen war nur noch eine Partei: die NSDAP.

	1928	1930	Juli '32	Nov. '32	März '33	Nov. '33
<u>Gmhütte</u>						
SPD	48.4	41.1	40.8	30.1	27.0	
Zentrum	9.9	10.6	12.4	12.0	12.4	
NSDAP	1.4	15.7	30.6	27.8	33.4	89.5
KPD	0.3	4.7	7.2	14.4	10.5	
DVP	29.6	15.1	6.1	10.3	11.4	
<u>Gesede</u>						
SPD		21.7	20.0	22.1	17.8	
Zentrum		50.1	61.9	53.6	54.1	
NSDAP		11.6	10.8	8.0	15.5	83.1
KPD		2.6	2.9	9.9	6.4	
<u>Kloster-Gesede</u>						
SPD			11.3	9.0	10.2	
Zentrum			71.9	68.1	71.1	
NSDAP			3.5	2.9	8.3	87.4
KPD			11.5	17.8	8.6	

Immer wieder hört man auch in Gesprächen, die Nazi-Zeit sei zwar schlimm gewesen, aber nun müsse man die Vergangenheit auch mal ruhen lassen. Nazis gäbe es heute schließlich nicht mehr, außer den paar Spinnern in der Lüneburger Heide.

Daß es auch heute, 1981, in unserer Gegend noch (oder wieder?) Leute gibt, die den Machthabern des III. Reiches gedanklich nicht fern stehen, hat schon die anonyme Postkarte auf der Titelseite gezeigt. Hier nun noch ein Flugblatt, das von einigen Jugendlichen im schwarzen Leder-Dress am verkaufsoffenen Samstag in der Großen Straße in Osnabrück unbehelligt verteilt werden konnte! Autor des Flugblattes ist übrigens jene Organisation, deren Vorsitzender kürzlich in München verhaftet wurde.

WIR HABEN ES SATT !

Fünfunddreißig Jahre nach dem Krieg ist Deutschland immer noch kein souveräner Staat, gibt es keinen Friedensvertrag und herrscht Besatzungsrecht. Immer noch geht quer durch unser Vaterland ein blutgetränkter Todesstreifen, an dem auf Befehl der bolschewistischen Moskauer Zentrale Deutsche auf Deutsche schießen.

Immer noch muß man Vergangenheit bewältigen.

Immer noch wird fleißig umerzogen und Zwietracht gesät.

Immer noch lastet dem Deutschen die geschickt erzeugte Greuelpropaganda der beiden Weltkriege an.

Immer noch sind wir das VERBRECHERVOLK schlechthin.

Damit wir unser Maul halten und zahlen, und zahlen, und zahlen.

UND DIE DEUTSCHEN ?

Patrioten, die sich zur Nation bekennen, werden als "Neonazis" und "Faschistenschweine" diffamiert.

ES HERRSCHEN KORRUPTION, HEUCHELEI UND BONZENTUM !

Eine unüberschaubare Zahl von sich gegenseitig immer schärfer bekämpfenden Interessenverbänden zersplittern das Volk und verhindern eine gemeinsame Willensbildung.

Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Genußsucht werden immer hemmungsloser.

Durch systembedingte Profitgier und Unternehmerwillkür wird unser Lebensraum vergiftet. Fremdarbeitermassen, die schon lange keine "Gäste" mehr sind, sondern "integriert" werden, sorgen für eine in der deutschen Geschichte ohne Gleichen darstehende Überfremdung von Volk und Natur.

UND DIE REGIERUNG ?

Sie streut dem Volk Sand in die Augen und versucht, es durch platte und hohle Phrasen duldsam zu halten. RUHE IST DIE OBERSTE BÜRGERPFLICHT ! Ob SPD/FDP oder CDU/CSU spielt dabei gar keine Rolle. Man sieht dann nur andere grinsende Köpfe in den Zeitungen.

Aber die Knechtung Deutschlands ist auch die Knechtung Europas! Wir sind zur Statistenrolle verdammt und dienen nur noch als Aufmarschgebiet und künftiges Schlachtfeld der Supermächte.

ABER JETZT MUSS SCHLUSS SEIN !

Wir rufen als kämpferischer Teil der nationalen deutschen Jugend, zusammen mit unseren jungen Kameraden in ganz Europa, aus vollem Herzen:

WIDERSTAND !

Wir wollen nicht mehr mit ansehen und schweigen, wie die Welt auf einen neuen Krieg zutorkelt.

Wir wollen nicht mehr mit ansehen, wie unsere "Gesellschaft" immer mehr verkommt und verfällt und eines Tages wie ein Kartenhaus zusammenbrochen wird. Die Zeit des gleichgültigen Achselzuckens und der stillen Hinnahme ist nun vorbei. Dem uns aufgezwungenen "American Way of Life" muß ein kompromißloses Ende bereitet werden.

Die Volksgemeinschaft muß als Instrument einer nationalen WILLENSGEMEINSCHAFT neu hergestellt werden.

Nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Europa sammeln sich konstruktive Kräfte, um das große Werk der völkischen Besinnung und der Neugestaltung Europas in Angriff zu nehmen.

Wer jetzt noch ins Materielle flieht oder seine Mitverantwortung in Alkohol und Drogen ertränkt, macht sich schuldig. Er begeht Verrat an seinem Volke und Verrat an Deutschland und zieht sich somit selbst den Boden unter den Füßen weg.

WIR HABEN UNS ENTSCHIEDEN - DER KAMPF BEGINNT !

Wir glauben an die Auferstehung unseres Volkes und erwarten die Vernichtung seiner Feinde und Verräter.

WENN AUCH DU DIE NASE VOLL HAST UND ENDLICH ETWAS TUN WILLST, DANN KOMM ZU UNS UND REIHE DICH EIN IN DIE VOLKSSOZIALISTISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLANDS (VSBD) !

VSBD-PdA, POSTLAGERKARTE 096097 A, 3000 HANNOVER 1

ViSdP: R. BEYER, über Postlagerkarte

Polen Hilfe

Als ich den monatlichen Veranstaltungskalender der SPD im November bekam, konnte ich wirklich nur noch mit dem Kopf schütteln. Da lag doch, wie sich jeder Genosse sicher erinnert, tatsächlich eine Zahlkarte bei, mit der man für die "Polenhilfe" spenden sollte.

Nun ist ja sicher nichts dagegen zu sagen, wenn man die SPD-Mitglieder dazu auffordert, für notleidende Menschen zu spenden - es ist ja sehr begrüßenswert, wenn die SPD Solidarität übt mit jenen, die in Not sind. Aber warum gerade Polen?

Sicher, in Polen herrscht Mangel an Fleisch, Früchten, an vielem anderen. Aber was ist das gegen die Not, die z.B. die Menschen in der Sahelzone leiden, wo in jedem Jahr mehr Kinder in den ersten sechs Lebensjahren an Hunger sterben, als in Polen geboren werden? Hat man bisher auch nur von einem einzigen Menschen gehört, der in Polen vor Hunger gestorben ist?

Wie aus der Tageszeitung zu entnehmen war, sind seit der letzten Rationierung für jeden Menschen in Polen knapp 3000 Kalorien pro Tag vorgesehen. In Indien sind die Landbewohner froh, wenn sie täglich 800 Kalorien erhalten!

Polen lag im Jahre 1980 an 10. Stelle in der Liste der Industrienationen der Welt - muß da ausgerechnet die Partei, deren Vorsitzender der Leiter der Nord-Süd-Kommission ist, die sich die Hilfe für die unterentwickelten Länder zur Aufgabe gemacht hat, muß ausgerechnet die SPD zu einer Spendenaktion für Polen aufrufen? Gab es unter den 135 Nationen der Erde, die 1980 eine geringere Produktion als Polen aufwiesen, keine einzige, die das Geld vielleicht nötiger gehabt hätte?

Man wird das Gefühl nicht los, daß es einigen Leuten bei dieser Aktion nicht darum geht, den Polen zu helfen, sondern zu zeigen, wohin es beim Sozialismus geht: in Elend und Not!

Wie gesagt, hier soll nicht kritisiert werden, daß die SPD zur Hilfe für notleidende Menschen aufruft. Das ist richtig und begrüßenswert. Aber gerade für die Menschen in Polen werden zur Zeit von hunderten von Organisationen Hilfsaktionen gestartet, vom Roten Kreuz über die Arbeiterwohlfahrt bis zu den Kirchen; Polenhilfe ist anscheinend "in". War es da nötig, daß die SPD auf diesen Zug auch noch aufsprang?

In Polen müssen die Menschen ihren Lebensstandard einschränken, stark einschränken zugegebenermaßen - aber in der Dritten Welt verhungern täglich Tausende! Es ist zu hoffen, daß die nächste Spendenaktion der SPD Gmütze den Verhungenden z.B. in der Sahelzone zugute kommt.

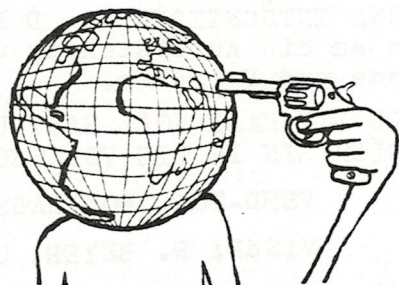
Viele Popper keine Punker

Den besten Draht zur "Jugend" hat seit ihrem Parteitag in Hamburg jetzt ja die CDU. Den besten Draht zu sauberen, adretten Jugendlichen mit Aussicht auf Pappas Geld oder Karriere hatte die CDU schon immer. Und genau diese Jugendlichen waren in Hamburg, durchsetzt von einigen wenigen kritischen Stimmen, vermutlich aus der katholischen Jugendbewegung. Woher man den angepaßten Vertreter der DGB-Jugend und den selbsternannten Vertreter der Friedensbewegung herbekam, wird wohl ein Rätsel bleiben. Arbeitslose Jugendliche, Hausbesetzer, die Friedensbewegung (die von Moskau gesteuerte), Leute von den selbstverwalteten Jugendzentren, Gewerkschaftsjugend und ausländische Jugendliche sind für die CDU und "ihre" Jugendlichen eben Chatten, Arbeitsschauen und Kriminelle, die nicht den "natürlichen Lei-

stungswillen" der Ellenbogengesellschaft haben.

Der Dialog mit der Jugend fand also nicht statt. Es wurden einige höfliche Sprüche geklopft und verschämt mit dem Zeigefinger gewunken: "Du-du, du schlimmer, böser lieber Helmut; sei doch etwas netter zur deutschen Jugend. Wenigstens zu uns!"

Es war dann ja auch ein netter Nachmittag. Eben unter gleichen, wenn die einen auch etwas jünger waren.



Spürt ihr noch nicht diese Wut?

Ist es euch auch schon einmal so gegangen: Da sitzt man gemütlich vor der Glotzkiste, sieht die Tagesschau und plötzlich, irgendwann zwischen 5 nach 8 und 10 nach 8 spürt man diese Wut im Bauch. Man ist zuerst überrascht, weiß nicht genau, woher dieses Gefühl plötzlich kommt - bis es einem auf einmal wie Schuppen von den Augen fällt: was der Mensch da in der Flimmerkiste sagt, ist alles gelogen! Nein, ich meine nicht diese normalen Lügen, daß z.B. der Strauß sagt, wenn er Bundeskanzler wäre, dann ginge es den Arbeitern besser oder daß Börner sagt, alle Demonstranten wären Chaoten. Dieses Gerede glaubt den Politikern ja sowieso niemand mehr - nein, ich meine diese geschickte, hinterhältige, neue Art zu lügen. Was so wütend macht ist, daß die einzelnen Worte, die sie gebrauchen, selbst Lügen sind. Ihr wollt Beispiele? Bitte:

Da ist das, was sie "Wirtschaftswachstum" nennen. Sie haben einen frühlingsduftenden Namen erfunden für den gigantischsten Krieg, der je gegen die Natur, gegen alles was lebt und wächst, geführt wurde. Sie sind besessen von der Liebe zur Maschine, an die sie die ganze Natur verfüttern - aber sie nennen es Wachstum!

Sie sagen uns: Wir haben ein Ministerium, das zuständig ist für unsere Sicherheit. Sie nennen es "Verteidigungsministerium". Aber nach allem, was wir wissen können, gibt es für die Bundesrepublik - wenn es zum Krieg kommt - keine Verteidigung mehr, es gibt dann auch keinen "Verteidigungsfall" mehr. Was sie Verteidigungsfall nennen ist in Wirklichkeit der Vernichtungsfall. In jenem Ministerium wird nicht unsere Verteidigung sondern unsere Vernichtung verwaltet; warum also wird es nicht bei seinem Namen genannt: Vernichtungsministerium?

Sie sagen: "Unsere amerikanischen Freunde und Verbündeten" und wissen doch genau, daß die Regierung dieser "Freunde" die Aufrüstung Westeuropas mit neuen Atomraketen verlangt und gleichzeitig darüber nachdenkt, ob ein möglicher Atomkrieg nicht auf Europa zu begrenzen ist, so daß Amerika geschont bleibt. Denken so "Freunde und Verbündete" oder Geiselnahmer?

Die Lüge in den Worten ist nicht auf den Westen beschränkt: Auch die sogenannte "Friedenspolitik" der Sowjetunion ist waf-

fenstarrend. Was sie "Sozialismus" nennen, hat mit den Idealen, die die Menschen mit diesem Wort einst verbunden haben, kaum noch etwas gemein! Was ist von den Idealen Freiheit, Gleichheit, Entlohnung nach den persönlichen Bedürfnissen, Beteiligung der Arbeiter an den Produktionsmitteln, was ist davon in den Staaten verwirklicht, die sich selbst "sozialistisch" nennen?

Sie nennen es "Sicherheitspolitik" in Ost und West. Tatsache ist, daß ihre Sicherheitspolitik uns in die extremste Unsicherheit geführt hat, der sich die Menschheit je gegenüber sah. "Sicherheit" durch immer größere Vernichtungsarsenale?

Sie nennen es "Dialog mit der Jugend" und kommen sich weiß Gott wie toll vor, weil sie mit Jugendlichen reden. Aber was ist das für ein Dialog, wo der Jugend grädigerweise erlaubt wird, auch einmal ihre Meinung zu sagen - "aber bitte gesittet und ordentlich" - und dann anschließend doch genau das gemacht wird, was die superklugen Politiker schon lange vorher beschlossen hatten. Setzt die Jugend sich für ihre Interessen dann weiter konsequent ein, dann ist von Dialog keine Rede mehr, dann regiert der Gummiknüppel.

Neuerdings sprechen sie von der "Null-Lösung" bei den Mittelstreckenraketen. Damit meinen sie aber nicht etwa, daß beide Seiten alle ihre vorhandenen Raketen abbauen, so daß Ost und West schließlich keine mehr - eben Null - haben. "Null-Lösung" bedeutet für sie, daß der Gegner alle seine Raketen verschrottet, während sie selbst großzügig darauf verzichten, neue Raketen zu stationieren. "Null-Lösung" heißt für sie: Der Gegner hat keine Raketen mehr und sie behalten "nur" die, die sie jetzt schon haben. "Null"-Lösung ???!

So einfach kann man mit Worten lügen! Man braucht bloß schön klingende Worte zu finden und damit die grausamsten Dinge benennen: schon ist alles halb so schlimm. Noch nicht genug Beispiele? Hört euch doch selbst mal die Nachrichten aufmerksam an: "Entsorgungspark", "Nachrüstung", "Radikalerlaß", "Hochnsicherheitstrakt"...

Spürt ihr noch nicht diese Wut in euch aufsteigen ...?

Neues aus der JUSO-AG

Damit auch diejenigen Jusos oder Juso-Sympathisanten, die nicht aktiv mitarbeiten, einen Einblick bekommen in das, was sich in unserer Arbeitsgemeinschaft so tut, wollen wir in Zukunft in jeder ZdJ einen kurzen Überblick über unser "Treiben" in den vergangenen Monaten geben. Vielleicht wird dadurch ja auch der eine oder andere angeregt, bei uns einzusteigen. Wir treffen uns jeden Freitag um 19.00 Uhr bei Heuer (Kneipe in Dröper!).

Stark beansprucht waren wir durch den Wahlkampf für die Kommunalwahl im September. Obwohl insgesamt das SPD-Ergebnis ja wenig erfreulich war, ist unser Juso-Chef Rainer Korte wieder in den Rat gewählt worden. Für uns ein kleiner Erfolg!

Zu unserer Unterstützung im Wahlkampf besuchten uns Mitte September die Remagener Jusos. Sie brachten zwei Kisten Wein mit, der am Stand der Jusos auf dem Wochenmarkt an die Bürger ausgeschrieben wurde!

Am 19. Sept. starteten wir wieder unsere schon bekannte "Alternative Stadtrundfahrt", zwei Stunden lang wurden diejenigen Punkte der Stadt angefahren, die sonst nicht gerne gezeigt werden; z.B. die Baustelle der A 33 in Harderberg und Holsten-Mündrup. Im Gegensatz zum Vorjahr war der Bus gerammelt voll; viele Nicht-Jusos waren mitgefahren!

Ebenfalls im Wahlkampf haben wir eine Fotodisstellung zum Thema "Leben in Gmhütte" erstellt. Obwohl die Vorbereitung ziemlich hektisch war - einige hundert Fotos mußten fotografiert, entwickelt, gesichtet, zusammengestellt und beschriftet werden - war das Ergebnis recht sehenswert. Es kamen auch erfreulich viele Besucher; leider durften wir mit der Ausstellung nicht in die Kloster-Geseder Schule.

Nach der Wahl nahmen wir uns des Themas "Naziopfer-Gedenkstein" wieder an. Zunächst erstellten wir die 3. Sondernummer der ZdJ, die sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigte. Diese Sondernummer ist inzwischen fast ausverkauft, die letzten Exemplare sind noch zu bekommen bei R. Thiade jun., Am Sundern 7, 4504 GMH.

Anfang Oktober veranstalteten wir eine Diskussion zum Thema "Naziopfer-Gedenkstein". Vertreter der drei im Rat vertretenen Parteien waren erschienen - aber leider nur sehr wenige Zuhörer. Nicht gerade ein Zeichen für ein großes Interesse an unserer Vergangenheit!

Ebenfalls Anfang Oktober war der vom Partiausschluß bedrohte SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen in unserer AG zu Gast. Zu der Veranstaltung im Friesenhus kamen rund 50 Leute! Mit prominenten Rednern kann man also auch in Gmhütte noch Menschen mobilisieren! Erfreulich auch, daß von unserer Mutterpartei keine Versuche gemacht wurden, diese Veranstaltung zu verhindern - wie es kürzlich in einem ähnlichen Fall in Cuxhaven geschah.

Am 10.10. beteiligte sich unsere AG fast geschlossen an der großen Friedensdemonstration in Bonn. Der SPD-Stadtbezirk Gesede (sprich: Rainer Korte) hatte einen Bus organisiert, der auch voll ausgepackt war. Für alle, die dabei waren, ein tolles Erlebnis, diese Demo!

Am 21. November war Wahlkreis-Konferenz, es sollte der Landtagskandidat für unseren Wahlkreis gewählt werden. 40 Delegierte aus Gmhütte, Wallenhorst, Hagen und Hasbergen waren zu dieser Konferenz entsandt worden, darunter 5 Jusos aus Gmhütte und 2 Jusos aus Wallenhorst. Hans Kaiser, schon lange Jahre im Landtag, wurde übrigens mit 7 Gegenstimmen wieder gewählt.

Am 27. November trafen sich die Jusos des Unterbezirkes Osnabrück-Land zur Unterbezirkskonferenz. Trauriges Bild: Es kamen ganze 36 Leute, davon allerdings allein 8 aus Gmhütte. Ein neuer Vorsitzender wurde gewählt, der Genosse Scheidemann aus Borglon. Waltraud Schürmeyer aus Kloster-Gesede kam als Beisitzerin in den Vorstand. Damit ist auch unsere AG im Unterbezirksvorstand wieder vertreten.

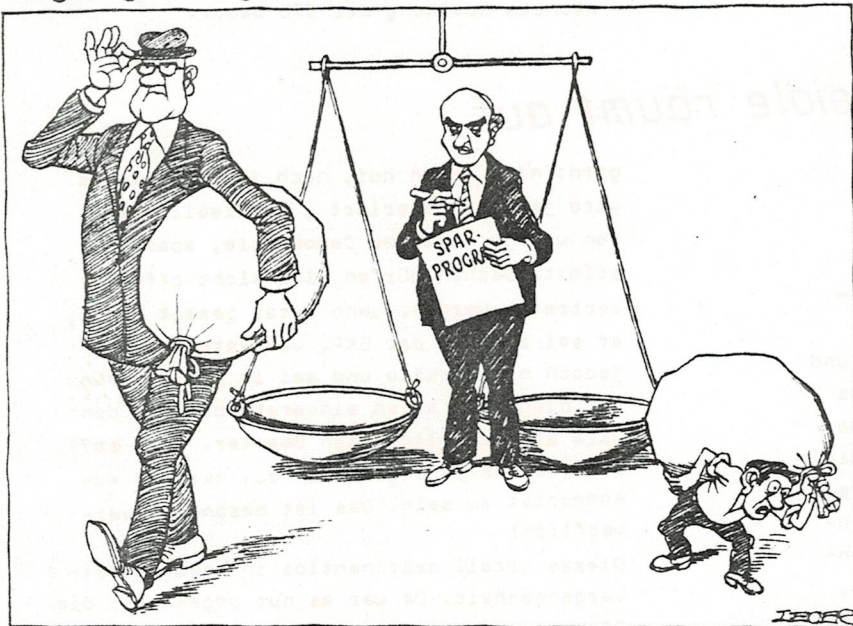
Mitte November sind wir mal wieder zusammen zum Essen gegangen. Diesmal war das türkische Restaurant "Ali Baba" in Osnabrück unser Ziel. Es hat prima geschmeckt, selbst unsere beiden Schüler wurden satt!

Seit August treffen sich regelmäßig 6 bis 10 Jusos und Nichtmitglieder zum Juso-Sport-Treff. Zwei Stunden lang wird jeden Samstag von 15-17 Uhr in der Turnhalle der Freiherr-vom-Stein Schule "gespolt". Jeder kann mitmachen!

SP(D)altung?

Nach den letzten Wahl-niederlagen und den niederschmetternden Umfrageergebnissen für die SPD fragt sich die Spitze unserer Partei, warum die bisher treuesten Stammwähler, die "Jugend" und die "Arbeiter" nicht mehr zur Wahl gehen oder gar andere Parteien vorziehen. Wir meinen, teure Untersuchungen sind nicht nötig, um diese Fragen zu beantworten, die Gründe für dieses Verhalten kann man leicht vermuten:

Ausgewogen und gleichbelastet



- Wer hat die Ergänzungsabgabe, die alle gerecht nach Einkommen getroffen hätte, gestrichen?

Bundeskanzler Schmidt (SPD).

- Wer reduziert das Kindergeld zum 1. Januar 1982?

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

- Wer erhöht ständig die Fahrpreise für die Bundesbahn, fördert weiter den privaten Autoverkehr und tut fast nichts für den öffentlichen Personennahverkehr? Verkehrsminister Hauff (SPD).

- Wer wollte Befög für Schüler und Studenten kürzen?

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

- Wer diskutierte über Karenztage bei der Lohnfortzahlung?

Die sozialliberale Regierung.

- Wer ließ auf Druck der FDP alle Beschäftigungsprogramme fallen?

Die Sozialdemokraten in der Bundesregierung.

- Wer hat für das Pleiteflugzeug Tornado Milliarde um Milliarde herausgeschmissen? Verteidigungsminister Apel (SPD).

- Wer propagiert den weiteren Ausbau der Atomindustrie?

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

- Wer fällt sozialdemokratischen Landesvorsitzenden (z.B. in Schleswig-Holstein) wegen der Umwelt- und Atompolitik in den Rücken?

Die sozialliberale Regierung in Bonn.

- Wer ist der größte Befürworter (neben der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung) einer Wiederaufbereitungsanlage; wer biedert sich am stärksten (neben Forschungsminister von Bülow, SPD) der Atomindustrie an?

Holger Börner, sozialdemokratischer Ministerpräsident von Hessen.

- Wer baut wider alle wirtschaftliche und ökologische Vernunft bei zurückgehendem Flugverkehr die neue Startbahn West bei Frankfurt?

Die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Wiesbaden und Bonn.

- Wer läßt in Frankfurt Demonstranten niederknüppeln?

Innenminister Gries (FDP) in einer sozialdemokratisch geführten Regierung.

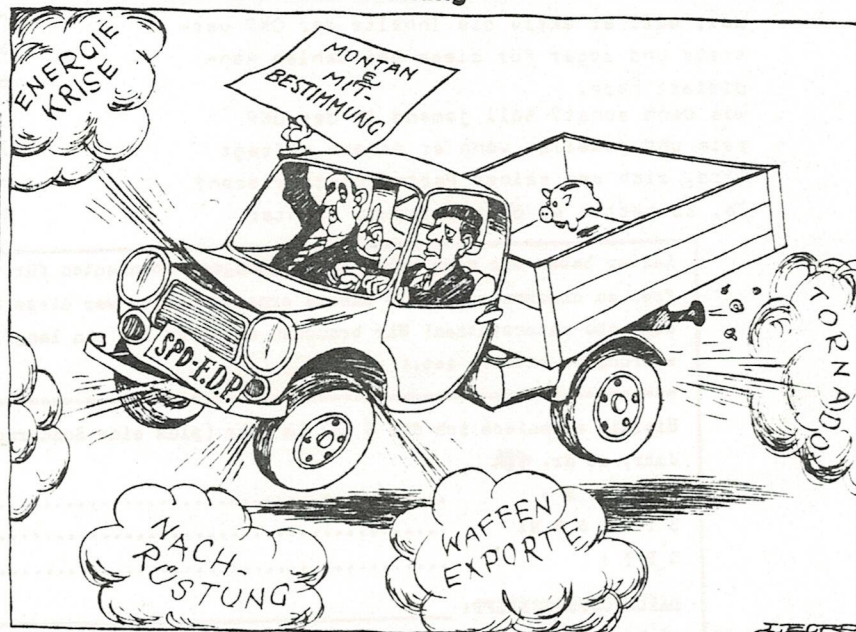
- Wer ist der treueste Vasall der amerikanischen Abenteuerregierung?

Die sozialliberale Regierung in Bonn.

- Wer beschimpft 300.000 Menschen, die in Bonn für den Frieden demonstrieren wollen, schon Wochen vorher als Chaoten, Spinner, von Moskau gelenkt?

Helmut Schmidt, Egon Franke, Hans Apel usw. usw. usw.

Aber die Bremsen sind in Ordnung



SP(D)altung?

Ist es da ein Wunder, wenn große Teile der Jugend und der Arbeitnehmer sich von der SPD entfernen? Ist es da ein Wunder, wenn Grüne und Alternativen immer mehr Stimmen erhalten und gleichzeitig immer mehr Menschen überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen?

1914 stimmte die SPD-Reichtagsfraktion für die Kriegskredite, 1918/19 ließ eine SPD-Reichsregierung Arbeiter durch Reaktionen und Monarchisten, die später den Faschismus unterstützten, zusammenschließen. Damals konnte ein beträchtlicher Teil der Mitglieder und Wähler der SPD diese Abkehr von sozialdemokratischen Grundsätzen nicht mittragen, es kam zur Spaltung der Partei in SPD und USPD, später zur Bildung der KPD.

Heute reden uns Rechte in unserer Partei und Reaktionäre und Konservative ausserhalb der SPD wieder ein, die Interessen der kleinen Leute müßten zurückgestellt werden, es ginge schließlich ums Gemeinwohl. Heute sagen sie uns wieder, wir müßten aufrüsten, weil sonst der böse Russe... . Heute erzählen sie wieder, man müsse das Vaterland vor Chaoten und Kommunisten schützen.

Und die SPD? Um den Verdacht, sie mache sozialistische Politik zu entkräften, ist die SPD unternehmerfreundlicher als die Unternehmer, konservativer als die Konservativen, amerikafreundlicher als viele Amerikaner.

Wenn nicht bald, d.h. beim nächsten Bundesparteitag etwas passiert, steht wohl die nächste Spaltung der SPD bevor.

Gscheidle räumt auf

Der Höhepunkt an öffentlicher Heuchelei ist erreicht worden mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gegen den Beamten Peter - Mitglied der DKP.

Dieser Mann - seit 26 Jahren ohne Fehl und Tadel im öffentlichen Dienst - wurde aus dem Dienst gestoßen, weil er aktiv in der DKP mitarbeitet. Abgesehen davon, daß die Hetzjagd gegen Andersdenkende, besonders gegen Kommunisten, allein schon ein Skandal ist und mit demokratischen Gepflogenheiten absolut nicht zu vereinbaren ist, ist die Begründung des Bundesverwaltungsgerichtes eine zusätzliche Sauerei.

Dort ist allen Ernstes argumentiert worden, daß Peter dadurch eine besondere Gefahr sei, weil er aktiv die Inhalte der DKP vertritt und sogar für diese bei Wahlen kandidiert habe.

Was denn sonst? Soll jemand in der DKP sein und jeweils, wenn er danach gefragt wird, sich von seiner Partei distanzieren? Ja, so hätten es die deutschen Richter

gern: nach außen hui, nach innen pfui. Es wird ja viel toleriert, schließlich leben wir ja in einer Demokratie, aber bestimmte Sachen dürfen bloß nicht offen vertreten werden. Wenn Peter gesagt hätte, er sei zwar in der DKP, vertrete diese jedoch nicht aktiv und sei im Übrigen auch gar nicht mit allem einverstanden, ja dann wäre er sicherlich noch Beamter. Aber so?! Der gibt es ja sogar noch zu, aktiver Kommunist zu sein. Das ist besonders verwerflich!

Dieses Urteil paßt nahtlos in unsere Nazi-Vergangenheit. Da war es nur umgekehrt: die Richter und Beamten und andere waren in der NSDAP - aber nur äußerlich, nicht wirklich. In Wirklichkeit waren sie ja alle dagegen. Deshalb haben sie auch nach '45 so schnell wieder Stellen bekommen. Und da sie nicht gestorben sind, haben sie diese wohl heute noch...!

Zu dem Urteil empfehlen wir als Lektüre: Heinrich Mann, Der Untertan,rororo Taschenbuch.

Leider haben wir noch immer nicht genügend Abonnenten für die ZdJ gefunden, um unsere Zeitung verlustfrei zu drucken. Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist.!

Hiermit abonniere ich die 6 mal im Jahr (plus eine Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM^{+) im Jahr, ab Nr. 17.}

N A M E :
S T R A S S E :
O R T :

DATUM/UNTERSCHRIFT: _____

+) Mindestbetrag pro Jahr 5,- DM !

Bitte ausschneiden und einsenden an: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, 4504 Gmhütte

NATO(d)-Strategie

Zum besseren Verständnis eines vorweg:
Die Nato hat seit ihrer Gründung im wesentlichen zwei verschiedene Strategien verfolgt, wie sie der vermeintlichen Gefahr aus dem Osten entgegentreten könnte. Da gab es zunächst in den 50er und frühen 60er Jahren die Strategie vom "atomaren Zweitschlag". Diese besagte, daß die Nato auch im Falle eines bereits erfolgten atomaren Angriffes der Sowjet-



„Was mich wirklich fix und fertig macht: Wie soll man mit einem so winzigen Budget Massenvernichtung planen!“

union noch in der Lage sein wollte, diese in einem atomaren Zweitschlag vollständig zu vernichten. "Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter" ist eine passende Umschreibung dieser Strategie; ein atomarer Erstschlag sollte sich für einen etwaigen Angreifer nicht lohnen. Seit den 60er Jahren verfolgt die Nato eine andere Strategie, den sog. "flexiblen Gegenschlag". Im Falle eines Krieges droht die USA nun nicht mehr automatisch mit dem totalen atomaren Gegenschlag, sondern will "flexibel", d.h. eventuell auch mit geringerem Einsatz antworten. Sollte die Sowjetunion also z.B. ein westeuropäisches Land angreifen, so würde die Nato u.U. nicht sogleich mit dem Einsatz der großen Interkontinentalraketen von Amerika aus drohen, sondern zunächst mit den kleineren Mittelstreckenraketen, die in Europa stationiert sind oder werden. Ein Krieg könnte so eventuell begrenzt werden.

Diese beiden Strategien werden innerhalb der neuen amerikanischen Regierung offenbar etwas durcheinander gebracht, was zu lustspielreifen Verwirrungen führen würde, wenn die Sache nicht im wahrsten Sinn des Wortes "todernst" wäre.

Da erklärt zunächst Reagan, daß ein begrenzter Atomkrieg möglich sei. Eine Woche brauchen die amerikanische Regierung, die

westlichen Verbündeten (darunter vor allem die Bundesregierung) und die bürgerliche Presse, um zu erklären, was Reagan gemeint hat und vor allem, daß er nicht das gemeint hat, was er gesagt hat. Gerade als die Europäer beginnen zu glauben, daß R.R. nicht gemeint hat, was er gesagt hat - da sagt er es wieder. Mit Sicherheit wissen wir nun auf jeden Fall, daß an höchster Stelle ein begrenzter Krieg in Europa nicht ausgeschlossen wird, damit also auch die Vernichtung Europas mit einkalkuliert wird, - siehe Nato-Strategie!

Zwischendurch ging es auch anderswo rund: Haig erklärt, er hält einen atomaren Warnschuß für möglich, Nato und Weinberger sagen, sie hielten das für nicht möglich. Die amerikanische Regierung erklärt, daß beides stimme! (Übrigens, Haig war ja auch schon früher durch interessante Meinungen über die Wichtigkeit des Friedens aufgefallen.)

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Achse Haig - Weinberger - Ronnie Reagan im Zweifelsfalle jeweils nicht weiß, was der andere meint oder nicht meint, was der andere sagt oder einfach jeder für sich nur irgendeinen Mist erzählt. Daß es dabei jedesmal um unsere Zukunft, um unsere Existenz als Menschen geht,



"...vielleicht hatte der Eppler doch nicht so unrecht, Hans-Dietrich?"

ignorieren die bundesdeutschen Medien standhaft. Sie verstehen sich letztlich nur als loyale Sprachrohre der amerikanischen Regierung. Daß die bundesdeutsche "sozial"liberale Regierung die untertänigsten Vasallen der US-Regierung sind - besonders Genscher scheint inzwischen der europäische Chefinterpret von Ronnie R. zu sein - ist inzwischen für alle Bundesbürger zur Gewißheit geworden.



Demo in Bonn

"Das ist die Volksfront!" "Ende der Demokratie nahe!" "Von Moskau gesteuert!"

Solche Äußerungen, die wir schon auf der Hinfahrt nach Bonn durchs Radio hören konnten, erhöhten nicht gerade unseren Optimismus in Bezug auf die Wirkungen der größten Demonstration in der Geschichte der BRD. Nur zu gut ist ja bekannt, wie positive Ereignisse in der Presse zum Abscheulichen hin verdreht werden können. Wir geben deshalb unseren eigenen Bericht und Kommentar von dieser Demo.

Bereits gegen 5 Uhr früh klingelte der Wecker, 6 Uhr starteten wir in einem vollbesetzten Bus (von der SPD-Oesede organisiert) Richtung Bonn. Die Fahrt war schon ein Erlebnis für sich. Je näher wir an die Bundeshauptstadt herankamen, desto mehr mit Spruchbändern geschmückte Busse trafen wir. Doch trotz der unübersehbaren Automassen gelangten wir pünktlich und fast ohne Stau zum Ausgangspunkt der Demo.

Von mehreren Punkten aus zogen Demonstrationzüge sternförmig zum Kundgebungsplatz am Schloß, auf dem es wegen der räumlichen Enge und den 300.000 Demonstranten teilweise zu heftigem Gedränge kam.

Um den Wahrheitsgehalt der vor der Demo veroreiteten Meinungsparolen von der kommunistischen Unterwanderung zu ergründen, habe ich mal verstärkt auf das Verhältnis Kommunisten - Andere Demonstranten geachtet. Dabei war festzustellen, daß der Anteil der Kommunisten in den Tagen zuvor

Welche Konsequenzen müssen wir in dieser Situation ziehen, wenn wir überleben wollen?

Kurzfristig: Weg mit dem Nachrüstungs-
Aufrüstungsbeschluß; Rückkehr zu einer
eigenständigen Ostpolitik!

Langfristig: Raus aus der NATO; Neutralität für die Bundesrepublik!

P.S.: Ja, Ja, wir wissen, wer solche Forderungen stellt, ist politisch naiv (oder gar Moskauagent). Wir tragen unsere Naivität mit Fassung, es reicht ja, wenn die anderen intelligent und clever sind.
LIEBER NAIV ALS TOT !!!

von der Presse hoffnungslos übertrieben dargestellt worden war. Trotz ihrer Aktivitäten gingen die kommunistischen Gruppen in dem Meer von Jusos, Grünen, Pazifisten, Christen und anderen Anhängern der Friedensbewegung unter wie Mechtlesheimer in der CSU. Die Sprüche vor und nach der Demo erwiesen sich sowohl hinsichtlich der Unterwanderung wie auch im Hinblick auf Ausschreitungen als reine Diffamierung.

Das über Bonn kreisende Flugzeug mit dem polemischen Spruch "Wer demonstriert in Moskau" im Schlepptau war der "Höhe"punkt (im wahrsten Sinn des Wortes) der Demo - und mitfinanziert vom SPD/MdB Horn.

Daß auch unser Bundeskanzler sich in die Reihe der Warner vor einer Teilnahme an der Demo einreichte, ist wohl besonders traurig. Mit seinen Ansichten lag er nicht zum ersten Mal abseits der Linie der Genossen an der Basis; die Erklärungen der rheinlandföhlischen, der baden-württembergischen und der saarländischen SPD beweisen das. Vertritt Schmidt eigentlich noch die Interessen der Genossen? Sollen wir nur aus Machterhaltungswillen um die FDP buhlen und unsere sozialdemokratischen Grundpositionen dabei aufgeben? Die Demonstration in Bonn zeigte, wie weit Schmidt für viele Mitglieder der SPD im Abseits steht.

Brief nach Moskau

Jungsozialisten in der SPD
- Georgsmarienhütte -

4Eo4 Georgsmarienhütte, den 5.11.1981

An Seine Exzellenz,
den Botschafter der UdSSR

5300 Bonn-Bad Godesberg

Betr.: Finanzierung von Aktionen der Friedensbewegung

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Wie wir den Äußerungen führender deutscher Politiker entnehmen konnten, wird die sogenannte "Friedensbewegung" in der BRD von der Regierung der Sowjetunion gesteuert und finanziert. Auch wir, die Jungsozialisten in Georgsmarienhütte, fühlen uns als Teil dieser Friedensbewegung. Bei Durchsicht unserer Kontoauszüge mußten wir aber leider feststellen, daß die angesprochenen Zahlungen bisher noch nicht eingegangen sind.

Gerade im Zusammenhang mit der Friedensdemonstration vom 10. Oktober in Bonn sind uns erhebliche Kosten entstanden. Wir bitten Sie darum auf diesem Wege, Ihr Zahlungsverhalten drastisch zu verbessern. Das beigelegte Zahlenmaterial (Tabelle 1) wird Ihnen die Größenordnung unseres Finanzbedarfes verdeutlichen und Ihnen zeigen, welche Steine uns hier in der BRD auf dem Marsch zum Sozialismus in den Weg gelegt werden.

Tabelle 1

Reisekosten Großdemonstration

Kosten für Bus	500 DM	161,30 Rubel
Fahnenstoff	70 DM	22,58 Rubel
Fahnenstangen	30 DM	9,68 Rubel
Kaffee für aus Nachtschicht kommende Genossen	4 DM	1,29 Rubel
Summe	604 DM	194,85 Rubel

Tabelle 2

Aktionen in der Planungsphase

Anerkennung Afghanistans als 15. Sowjetrepublik	1000 DM	322,58 Rubel
Lobpreisung der sowjet. Atomrüstung als Friedenssicherung	3000 DM	967,74 Rubel
Gutheißen einer sowjet. intervention in einem Ostblockstaat nach Wahl	9000 DM	2903,23 Rubel
Verunglimpfung des amerikanischen Präsidenten (Selbstkostenpreis)	1,98 DM	0,65 Rubel

Die angegebenen Preise in Rubel dienen nur zur Information. Leider können wir ausschließlich Deutsche Mark (West!) und/oder amerikanische Dollar annehmen. Unsere Bankverbindung: BLZ 735 600 25, Konto-Nr. 76 222 744.

Außer der Beteiligung an der großen Friedensdemonstration planen wir noch eine Reihe von Veranstaltungen, die aber nur gegen Vorkasse durchgeführt werden können. Einige Beispiele sind in Tabelle 2 angegeben. Wir sind sicher, daß Ihnen das eine oder andere Angebot zusagen wird.

In der Hoffnung, bald aktiv werden zu können, verbleiben wir

P.S.: Gruß an Leo!

Ihre Jungsozialisten GmHütte

Prof. BERNHARD GRZYMEK

DIETER LATTMANN, Schriftsteller,
ehem. SPD/MdB

HEINRICH BÖLL, Schriftsteller

LORE LORENTZ, Kabarettistin

Krefelder Appell:

schon 2000 000 Unterschriften!

MANFRED COPPIK, SPD/MdB

UDO LINDENBERG, Panik-Sänger

Prof. ROBERT JUNGK

HEIDEMARIE WIEZOREK-ZEUL, SPD Europa-
Parlamentarierin

HEINRICH ALBERTZ, Pastor

Prof. JOSEPH BEUYS

ANNEGRET RICHTER, Olympiasiegerin

GEORG BENZ, Gewerkschaftsekretär IG Metall

Prof. HORST-EBERHARD RICHTER,
Schauspielerin

EWALD LIENEN, Profifußballer

LUISE RINSER, Schriftstellerin

HANNELORE ELSNER, Schauspielerin

MARGARETE VON TROTTA,
Schauspielerin und
Regisseurin

HANNA SCHYGULLA, Schauspielerin

JO LEINEN, Bundesvorstand BBU

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung.

die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

Die Initiatoren des Krefelder Appells:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| Gert Bastian | Karl Bechert † |
| Petra Kelly | Martin Niemöller |
| Helmut Ridder | Christoph Strässer |
| Gösta von Uexküll | Josef Weber |



Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.“

Name: _____

Straße/Ort: _____

Name: _____

Straße/Ort: _____

Name: _____

Straße/Ort: _____

KARL-HEINZ BÖHM, Schauspieler

MARIUS MÜLLER-WESTERNHAGEN, Sänger

KARL-HEINZ HANSEN, SPD/MdB

DIETER HILDEBRANDT, Kabarettist

Senden Sie diese Unterschriftenliste an
Reinhold Thiede jun.
Am Sundern 7, Gmhütte